

FRANZISKA

Letter



Liebe Leserinnen, liebe Leser.

Wieder ist Europa vom Terror heimgesucht worden. Nach Brüssel, Paris, Nizza, Berlin, London und Manchester jetzt Barcelona. Viele Menschen haben sinnlos ihr Leben verloren, etliche wurden verletzt. Durch feige, verblendete Verbrecher, die es allein darauf abgesehen haben, unsere Freiheit, unsere Weltoffenheit anzugreifen. Es wird ihnen nicht gelingen! Wir müssen geeint sein im Kampf gegen alle Formen des Terrors. Mein Mitgefühl gilt den Angehörigen der Opfer und den Menschen der wunderbaren Stadt Barcelona.

Trump außer Rand und Band

Wie schön wäre es, wenn in meinem Newsletter einmal nicht Donald Trump vorkäme. Ich erwähne ihn dennoch. Denn alles, was dieser irrlichternde Präsident in seinem ersten Halbjahr von sich gegeben hat, wird jetzt in den Schatten gestellt durch sein Hin-und Her zu den reaktionären Vorgängen in Charlottesville. Machen wir es kurz: Wer in den Reihen von Nazis, Holocaust-Leugnern und Rassisten „gute Leute“ zu erkennen glaubt und keine klare Unterscheidung vornimmt hat im Weißen Haus nichts verloren und versündigt sich an den Grundwerten der USA!

Berichterstattung [hier](#).

Libyens Küstenwache rettet nicht!

Immer mehr Seenotrettungsorganisationen wollen ihre Operationen im südlichen Mittelmeer einstellen – aus Sorge, dass Ihre Mitarbeiter*innen der Willkür der libyschen Küstenwache ausgesetzt werden. Zuvor hatte Libyen angekündigt, seine Schiffe sollten künftig auch über die 12-Meilen-Zone hinaus bei der Seenotrettung die Federführung übernehmen. Die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Bundesregierung dürfen nicht tatenlos zuschauen, wenn Libyen in der Flüchtlingspolitik willkürlich Fakten schafft. Die Weigerung, Seenot-Rettungsorganisationen in Gewässern jenseits der 12-Meilen-Zone operieren zu lassen, kommt einem Verstoß gegen Völkerrecht gleich. Wenn die EU schon nicht in der Lage ist, in der Flüchtlingskrise solidarisch zu handeln, müsste sie zumindest ein Mindestmaß an Schutzverantwortung gegenüber jenen aufbringen, gegen die sie sich abschottet. Die jüngsten Erklärungen der Bundesregierung, sie erwarte, dass sich Libyens Führung an internationales Recht halte, sind ein Hohn: Libyen hat keine wirkliche Regierung, die Küstenwache ignoriert menschenrechtliche Standards, und die Ausweitung ihres Einsatzgebiets wirft erhebliche Fragen auf.

Mehr dazu [hier](#) und [hier](#).

Schröder und Lindner – beste Freunde Putins?

Ein prominenter Ex-Politiker und einer, der mächtig nach oben strebt, fallen durch fragwürdige Positionen zu Russland auf. Alt-Kanzler Gerhard Schröder winkt ein Spitzenposten beim russischen Staatskonzern Rosneft, was die SPD jetzt als dessen „Privatsache“ abzutun versucht. Und FDP-Chef Christian Lindner tat sich mit dem Vorschlag hervor, man möge die – völkerrechtswidrige – Annexion der Krim als „dauerhaftes Provisorium“ betrachten und damit einen Neustart der Beziehungen zu Russland einleiten. Wer so handelt und redet, eignet sich weder als Wahlhelfer der SPD noch als künftiges Regierungsmitglied. Dass Lindner ausgerechnet von der AFD prompt Applaus erhielt, müsste der FDP sehr zu denken geben. Mit seinem Engagement bei Rosneft würde Schröder endgültig Teil der Interessenpolitik des Kreml, die in der Aushebelung europäischer Gemeinsamkeit liegt, kritisierte Marieluise Beck, unsere Sprecherin für Osteuropapolitik. Und wenn Lindner an den Sanktionen gegen das Putin-Regime rüttelt, stellt er die Glaubwürdigkeit der deutschen Außenpolitik in Frage.

[Hier](#) unser Pressestatement dazu.
Mehr dazu [hier](#).

Niedriglohnsektor nur geringfügig zurückgegangen

Der Mindestlohn hat den Niedriglohnsektor in Deutschland kaum schrumpfen lassen. So sank von 2014 bis 2015 der Anteil der Beschäftigten mit einem Stundenlohn unter der Niedriglohnschwelle von 10,22 Euro um nur 0,1 Prozentpunkte auf 22,6 Prozent; dies ergab eine Erhebung des Instituts für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen. Brigitte Pothmer, in unserer Fraktion für Arbeitsmarktpolitik zuständig, beklagte, immer noch arbeite mehr als jede(r) Fünfte in Deutschland im Niedriglohnbereich. „Arbeitsministerin Nahles hat sich offenbar auf der Mindestlohneinführung ausgeruht. Sie hat zu wenig dafür getan, um prekäre Beschäftigung zurückzudrängen und die Tarifbindung zu erhöhen. Dabei war von Anfang an klar, dass der Mindestlohn kein Allheilmittel gegen niedrige Löhne ist.“ Leidtragende sind Jüngere, Ausländer, Geringqualifizierte, befristet Beschäftigte und vor allem 77 Prozent der Minijobberinnen und Minijobber. Um Lohnbetrug einen Riegel vorzuschieben, muss nach unserer Auffassung die Finanzkontrolle Schwarzarbeit endlich personell verstärkt werden. Nur wirksame Kontrollen garantieren die Durchsetzung des Mindestlohns und faire Bedingungen für alle.

Unsere Pressemitteilung dazu [hier](#).

Große Kluft zwischen armen und reichen Kommunen

Trotz einer insgesamt guten Haushaltslage nehmen die Unterschiede in der Wirtschaftskraft zwischen den Gemeinden in Deutschland zu. Das ergibt sich aus dem jüngsten „Kommunalen Finanzreport“ der Bertelsmann-Stiftung. So wird die eigentlich positive Entwicklung in den kommunalen Kassen (mit einem Plus von 4,5 Milliarden Euro) vor allem durch die hohen Überschüsse in Bayern und Baden-Württemberg getragen. In beiden Ländern waren die Kommunen über fünf Jahre durchgängig im Plus – während beispielsweise den Kommunen in Schleswig-Holstein und im Saarland in keinem dieser Jahre der Haushaltsausgleich gelang. Britta Haßelmann, Sprecherin für Kommunalpolitik unserer Fraktion, erklärte, die Förderung der Großen Koalition nach dem Gießkannenprinzip helfe den Schwachen nicht. Damit alle Menschen unabhängig von ihrem Wohnort gleiche Chancen auf Teilhabe haben, brauchen wir auch einen Neustart in der Förderpolitik. Bund und Länder müssen endlich zielgenau finanzschwache Kommunen fördern. Neben einer stärkeren Beteiligung des Bundes an den Sozialausgaben und Hilfen bei den Altschulden brauchen wir direkte Investitionshilfen in die allgemeine Infrastruktur. Nicht nur Wirtschaft und Landwirtschaft dürfen gefördert werden. Wir brauchen eine neue Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern für die regionale Daseinsvorsorge.

Mehr dazu [hier](#) und [hier](#).

Neues aus Europa

Brexit: Londons setzt weiter auf Rosinenpickerei

Nach dem für März 2019 anpeilten Brexit will Großbritannien für eine Übergangszeit in einer Zollunion mit der Europäischen Union verbunden bleiben. Das geht aus einem in dieser Woche bekannt gewordenen Strategiepapier der Regierung hervor. Eine solche Übergangsperiode könne der Wirtschaft im Vereinigten Königreich und in der EU mehr Sicherheit geben, teilte das Brexit-Ministerium mit. Der zuständige Minister David Davis sprach von einer „ziemlich kurzen“ Übergangszeit von zwei Jahren oder weniger. Die EU-Kommission reagierte zurückhaltend auf die Vorschläge aus London – zurecht, wie ich meine. Es ist zwar schön und gut, wenn London jetzt endlich ansatzweise konstruktive Vorschläge präsentiert. Weiterhin gilt aber: Keine Rosinenpickerei, keine (Vor)-Rechte ohne entsprechende Pflichten! Wann und wie eng beide Seiten wirtschaftlich verflochten werden, kann erst dann festgelegt werden, wenn Sicherheit hinsichtlich der Rechte der Bürgerinnen und Bürger, zu den finanziellen Aspekten des Austritts und den Grenzfragen gibt.

Pressebericht dazu [hier](#).

Auch „Brüssel“ hat ein Auge auf Air Berlin

Was hat „Brüssel“ mit der jüngsten Insolvenz der Fluggesellschaft Air Berlin zu tun? Einiges, und es zeigt, welche Rolle die EU – oft unbeachtet – in unserem (Wirtschafts) Leben spielt. Im Eiltempo hat die Bundesregierung diese Woche beschlossen, der notleidenden Airline mit einem 150 Millionen Euro-Kredit der halbstaatlichen KfW-Bank auszuweichen. Damit sollen zumindest die nächsten drei Monate überbrückt werden, bis klar ist, was aus der Gesellschaft wird. Staatliche Beihilfen, die den Wettbewerb in Europa verzerren, sind laut EU-Recht eigentlich verboten, aber es gibt zahlreiche Ausnahmen: unter anderem, wenn die Gelder bestimmt sind, soziale Härten abzufedern oder wenn der Kredit einhergeht mit einem zukunftsfähigen Umstrukturierungskonzept. Der Billigflieger Ryanair, der selber wegen seiner dubiosen Praktiken bereits mehrfach im Visier der Kommission stand, hat gegen den Kredit für Air Berlin Beschwerde eingelegt. Der Insolvenzantrag sei mit dem Ziel arrangiert worden, dass die Deutsche Lufthansa eine schuldenfreie Air Berlin übernehmen könne, erklärte der irische Konkurrent. In einigen Wochen werden wir mehr wissen.

Wichtiges aus dem Wahlkreis

Radeln nach Speyer

Die Grünen der Metropolregion Rhein-Neckar fahren am morgigen Samstag, 19.08. entlang des geplanten Radschnellwegs in der Metropolregion. Die Route verläuft von Heidelberg nach Speyer. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, mitzuradeln. Natürlich können auch nur Teilstrecken mitgefahren werden. Die Fahrt steht unter dem Motto: „Für attraktiven Radverkehr – mehr Radschnellverbindungen für Pendlerinnen und Pendler in der Metropolregion“. In Speyer wird es einen gemeinsamen Abschluss am Altpörtel geben. An der Tour nehmen mein Kollege im Deutschen Bundestag, Gerhard Schick aus Mannheim, der Fraktionsvorsitzende der Grünen Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, Bernhard Braun, sowie weitere Grüne Bundestagskandidatinnen und -kandidaten aus der Metropolregion teil. Natürlich bin auch ich mit dabei.

Routenverlauf:

09.30 Uhr Heidelberg, Start Treffpunkt: Theodor-Heuss-Brücke
10.30 Uhr Pause in Ladenburg an der Neckarwiese
11.00 Uhr Weiterfahrt
11.45 Uhr Pause in Mannheim, Station auf dem Alten Messplatz
12.15 Uhr Weiterfahrt nach Ludwigshafen
12.45 Uhr Abfahrt Ludwigshafen, Berliner Platz
13.45 Uhr Ankunft in Schifferstadt, Bahnhofsvorplatz
14.15 Uhr Abfahrt Schifferstadt, Bahnhofsvorplatz
15.30 Uhr Ankunft Speyer, Abschlusskundgebung am Altpörtel

Mehr Infos [hier](#).

Sommertour - Staudenparadies Hermannshof

Im Rahmen meiner Sommertour besuchen wir am Sonntag (20.8.) das Staudenparadies Hermannshof in Weinheim. Der dortige Schau- und Sichtungsgarten ist ein Juwel in der Region. Auf 2,2 ha werden Pflanzengesellschaften in unterschiedlichen Habitaten präsentiert, Stauden werden auf Standortbedingungen und ihre Brauchbarkeit in privaten und öffentlichen Gärten untersucht. Der Garten mit seinen alten Gehölzen, dem Teich und den wundervollen Bepflanzungen ist ein lohnendes Ausflugsziel zu jeder Jahreszeit. Weinheim ist leicht mit der Linie 5 erreichbar; von der Haltestelle alter OEG-Bahnhof sind es 10 bis 15 Minuten zu Fuß.

Wer Lust und ein bisschen Kondition für die hügelige Rad-Anfahrt hat, trifft sich um 10 Uhr in Heidelberg am Bismarckplatz. Radler und Bahnfahrer treffen sich zur Führung um 12:00 Uhr vor dem Gärtnerhaus im Hermannshof, Eingang Babostraße oder Grabengasse.

Die Teilnahme ist kostenfrei. Um Anmeldung wird gebeten an: kreisverband@gruene-heidelberg.de

Spaziergang durch die Geschichte Weinheims

„Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft“, sagte Wilhelm von Humboldt. In diesem Sinne laden die Weinheimer Grünen am Sonntag zu einem Spaziergang durch die Weinheimer Altstadt ein. Der Historiker Dr. Alexander Boguslawski erzählt dabei, wie Weinheim von einem Bauerndorf zu einem Industriestandort wurde. Es ist eine Geschichte mit vielen Besonderheiten, die aber auch exemplarisch ist für die Entwicklung einer deutschen

Kleinstadt seit der Zeit Karls des Großen. Ich freue mich, mit vielen interessierte Bürgerinnen und Bürger, das schöne Weinheim zu erkunden. (Sonntag, 20. August, 20 Uhr, Treffpunkt am Marktplatzbrunnen).

Das war es für diese Woche. Der nächste Newsletter erscheint am 1. September.

**Bis dahin grüßt herzlich
Eure Franziska**

Dr. Franziska Brantner - www.franziska-brantner.eu
Kontakt: Dr. Franziska Brantner, c/o Bündnis 90/Die Grünen,
Bergheimerstraße 147, 69115 Heidelberg, Tel: +49 (0)6221 9146620,
franziska.brantner@bundestag.de

Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.

Deutschland

franziska.brantner.ma04@bundestag.de